

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Dienstag, den 24.02.2015
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:00 Uhr
Ort, Raum: Bürgersaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Moser, Johannes

Mitglieder

Ellensohn, Siegfried bis 19:30 Uhr

Fritschi, Erika

Futterer, Anja

Gebauer, Stefan

Hertenstein, Klaus

Höfler, Armin

Kamenzin, Peter

Keller, Bernd

Leiber, Klaus

Maier, Bernhard

bis 19:45 Uhr; während Top 15 Zi. 1

Moser, Andrea

Nilson, Lars

Scheller, Urs

Schmidbauer, Jörg

Schoch, Martin

Steiner, Gerhard

Veit, Emil

Waldschütz, Jürgen

Protokollführer

Stärk, Patrick

Verwaltung

Distler, Matthias

Mors, Benjamin

Abwesend:

Verwaltung

Bezikofer, Heike

Freisleben, Peter

Zuhörer:

Pressevertreter: 1 Südkurier, 1 Singener Wochenblatt

1 Bestimmung der das Protokoll unterschreibenden Stadträte

Zur Unterzeichnung des Protokolls werden die Stadträte Bernd Keller und Klaus Leiber nach § 38 Abs. 2 GemO bestimmt.

2 Bekanntgabe in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Gem. § 35 Abs. 1 Satz 4 GemO werden folgende Beschlüsse des Gemeinderates aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung vom 27.01.2015 bekannt gegeben:

Der Gemeinderat vergibt ein Grundstück „GE Grub-A81“ zu den üblichen Bedingungen der Stadt Engen.

3 Verabschiedung der Mitglieder des Jugendgemeinderates Vorlage: 234-15

Bürgermeister Moser geht nochmals auf die vielen positiven Impulse des ausscheidenden Jugendgemeinderatsgremiums ein und zählt diese anerkennend auf. Er könne stolz auf eine gute und aktive Legislaturperiode zurück blicken und dankt den ausscheidenden Jugendgemeinderätinnen und Jugendgemeinderäten außerordentlich für deren Engagement. Abschließend übergibt er den ausscheidenden Gremienmitgliedern eine Bescheinigung und ein Geschenk.

4 Verpflichtung der neugewählten Jugendgemeinderäte Vorlage: 235-15

Bürgermeister Moser verliest die Namen aller gewählter Jugendgemeinderätinnen und Jugendgemeinderäte und zeigt sich erfreut, dass sich bei dieser Wahl so viele Jugendliche zur Verfügung gestellt haben. Auf seinen Vorschlag hin erklärt sich Jugendgemeinderätin Karin Bieler bereit, die Verpflichtungsformel stellvertretend für alle neugewählten Jugendgemeinderäte nachzusprechen. Dies erfolgt in feierlicher Art und Weise und Bürgermeister Moser verpflichtet per Handschlag alle Jugendgemeinderäte zu ihrem Ehrenamt.

Der Tagesordnungspunkt 5 wird einvernehmlich bis zum Eintreffen der beiden Geschäftsführer vorerst zurückgestellt.

5 Beratung über die Schließung der geriatrischen Abteilung und die Bettenstationen der inneren und chirurgischen Abteilung und Beschlussfassung über einen Ausstieg der Stadt Engen aus der Fördergesellschaft für Hospizarbeit in Singen und im Hegau so-wi Vorlage: 236-15

Bürgermeister Moser begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die beiden Geschäftsführer des Klinikverbundes, Herr Peter Fischer und Herr Rainer Ott. Er bedauert, dass Herr Landrat Hämmerle aus Termingründen sein Kommen absagen musste. Bürgermeister Moser wirbt bei den beiden Geschäftsführern um Verständnis, dass die Entscheidung des Aufsichtsrates für die

Stadt Engen sehr frustrierend sei und er bittet darum, noch einen Schriftsatz vom Klinikum zu erhalten, in welchem die Hintergründe der Schließung aufgeführt sind und zu welchen Konditionen im Hinblick auf das Bestellerprinzip eine Fortführung des Klinikbetriebs möglich wäre.

Geschäftsführer Fischer bedankt sich für die Einladung und er stellt heraus, dass die Präsenz beider Geschäftsführer in dieser Sitzung die Wertschätzung gegenüber dem Standort Engen zum Ausdruck bringen soll und eine kooperative Haltung für die weiteren Verhandlungen miteinander signalisiere. Im Folgenden hält er einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung des Krankenhausstandortes Engen. Aus seiner Sicht sei die Belegung unterdurchschnittlich gewesen und deshalb habe das frühere HBH noch vor Bildung des Kreisverbands entschieden, in Engen einen geriatrischen Schwerpunkt anzusiedeln. Nach der Bildung des Kreisverbands haben mit Engen und Konstanz zwei geriatrische Standorte bestanden. Zielsetzung des Verbunds sei ein Betrieb des Krankenhauses in kommunaler Trägerschaft und ein medizinisches Angebot an die Bevölkerung in hoher Qualität. Im Herbst 2014 habe er deshalb mit Zustimmung des Aufsichtsrates eine medizinische Strukturkommission gebildet, um den Verbund medizinisch auf neue Gleise zu stellen. In dieser Kommission seien alle wichtigen Chefärzte, Pflegekräfte, Geschäftsführer und Controller beteiligt gewesen. Dieses erarbeitete Konzept wurde sodann dem Aufsichtsrat vorgestellt. Der Aufsichtsrat habe dieses Konzept dann nochmals einem externen Berater zur Begutachtung vorgelegt. Insgesamt seien 20 relevante Punkte erarbeitet worden, wovon ein zentraler Punkt die Abschaffung von zwei geriatrischen Schwerpunkten im Klinikverbund dargestellt habe. Es sollte eine Konzentration an einem Standort erfolgen, der nicht Konstanz und Engen sei. Somit fiel die Entscheidung, in Radolfzell künftig ein geriatrisches Zentrum aufzubauen. Der Standort Konstanz wurde im Bereich der Geriatrie bereits aufgelöst und Engen soll zum 01.05.2015 geschlossen werden. Nach dieser Schließung blieben dann lediglich nur noch wenige Betten, die wirtschaftlich nicht mehr darstellbar seien. Nicht geschlossen werden sollen ausdrücklich das medizinische Versorgungszentrum (MVZ), das ambulante Operieren sowie die Praxen. Geschäftsführer Fischer geht sogar so weit, dass die chirurgischen Behandlungen ambulanter Art in Engen erweitert werden sollen. Er gibt dem Gemeinderat zu erkennen, dass auch sie als Geschäftsführer sich in dieser Situation nicht wohlfühlen würden, eine solch unangenehme Entscheidung wie die Schließung eines Standortes zu verkünden.

Bürgermeister Moser erinnert nochmals an die Zusicherungen bei der Bildung des Kreisklinikverbundes, wonach Engen als einer von zwei Schwerpunkten in der Geriatrie fortgeführt werden soll. Er kann nicht nachvollziehen, weshalb dies nun nach so kurzer Zeit nicht mehr gelten soll. Darüber hinaus sei ärgerlich, dass in Engen niedergelassene Ärzte ihm immer wieder berichten, dass Einweisungen aufgrund von Bettenbelegungen nicht möglich seien. Geschäftsführer Fischer entgegnet, dass Doppelvorhaltungen wie in Konstanz und Engen unwirtschaftlich seien. Darüber hinaus sei die Gewinnung von Fachpersonal für den Standort Engen überaus problematisch. Zu der Unmöglichkeit von Einweisungen in manchen Fällen kann Geschäftsführer Fischer relativ wenig beitragen, wobei die Klinikleitung immer bemüht gewesen sei, den Standort Engen von Singen aus zu befüllen. Er berichtet jedoch auch darüber, dass eine Akutdiagnostik so oder so am Standort Engen nicht mehr der Realität entsprochen habe, da dies in Singen erfolgt sei.

Stadtrat Klaus Hertenstein fühlt sich in der Vergangenheit mindestens falsch informiert, wobei man dies auch fast als belügen ansehen könne. Ihm seien als Gemeinderat in früheren Zeiten Belegungszahlen von etwa 52% vorgelegt worden. Die Stadt Engen habe daraufhin Herrn Professor Terkatz beauftragt und dieser habe nur sehr schleppend Unterstützung seitens des Klinikum erhalten, damit dieser Zahlen als Datengrundlage zur Verfügung hatte. Stadtrat Klaus Hertenstein hätte sich einfach mehr Ehrlichkeit erwartet und er drückt sehr deutlich seine Enttäuschung aus. Bürgermeister Moser ergänzt die Wortmeldung von Stadtrat Klaus Hertenstein, ob die Doppelvorhaltung der Geriatrie nicht schon beim Eingehen der Fusion hätte abgesehen werden können und mit den Vertretern der Stadt Engen diesbezüglich beraten werden können. Darüber hinaus fragt sich Stadtrat Klaus Hertenstein, was mit den 1.500 ambulanten OP-Patienten in Engen passiere, wenn keine Betten mehr vorgehalten werden können. Diesbezüg-

lich beruhigt Geschäftsführer Fischer, dass in den seltensten Fällen die Patienten über Nacht zur Überwachung gehalten werden müssen. Insofern werde die Schließung auf das ambulante Operieren aus Sicht von Geschäftsführer Fischer wenig Auswirkungen haben. Geschäftsführer Fischer zeigt auch Verständnis für die Enttäuschung von Stadtrat Klaus Hertenstein, wobei er sich dem Vorwurf der Lüge oder Verbreitung falscher Zahlen nicht ausgesetzt sehen möchte. Dies weist er auch ausdrücklich von sich. Er führt dem Gremium vor Augen, dass ein Standort der Größe Engens nicht mehr alltäglich sei. Auch die medizinische Kommission habe dies unmissverständlich klargelegt und man sei sehr darum bemüht, die Qualität der Ärzteversorgung deutlich zu verbessern, was schlussendlich auch der Patientenversorgung zugutekomme. Geschäftsführer Ott ergänzt, dass die Grenznähe die Chancen, gutes Personal zu generieren, deutlich verschlechtere. Kleinere Häuser seien uninteressant für die Ärzteschaft. Auf konkrete Nachfrage von Stadtrat Klaus Hertenstein ist dies auch über Abordnungen nicht zu regulieren. Abgeordnete Ärzte seien dann sehr schnell nicht mehr im Mitarbeiterbestand des Klinikums, da sie sich anderweitig Stellen suchen und auch bekommen. Im Pflegebereich sähe die Situation nicht anders aus, da man heute schon Pflegekräfte aus Spanien anwerbe.

Stadtrat Jürgen Waldschütz bedankt sich bei Geschäftsführer Fischer, dass er sich der Diskussion hier im Gremium stelle. Er bittet aber auch gleichzeitig um Verständnis, dass der Gemeinderat enttäuscht und auch verärgert sei. Er persönlich hoffe auf einen ehrlichen und transparenten Umgang miteinander bei der nun zu führenden Diskussion im Hinblick auf eine Rückabwicklung. Die Art und Weise der Informationspolitik hält Stadtrat Jürgen Waldschütz für einigermaßen unanständig. Lediglich der Bürgermeister sei über die Beratungen im Aufsichtsrat informiert gewesen, wobei das Gesellschaftsrecht diesen zu einer hohen Verschwiegenheit auch verpflichte. Stadtrat Jürgen Waldschütz stellt fest, dass das Engener Krankenhaus alsbald Geschichte sei. Die Rückabwicklung der Liegenschaft und ein Austritt aus der Gesellschaft wäre ein logischer nächster Schritt. Er hofft, dass die Verhandlungen auf Augenhöhe mit dem Klinikum geführt werden können. Bürgermeister Moser bestätigt, dass er als Aufsichtsrat zur Verschwiegenheit verpflichtet sei und deshalb halte er es nochmals für wichtig, dass die Stadt Engen von den Geschäftsführern schriftlich unterrichtet werde, welche Gründe zur Schließung geführt haben und zu welchen Konditionen das Bestellerprinzip zur Anwendung kommen kann. Stadtrat Jürgen Waldschütz führt noch aus, dass der Verbund eigentlich froh und dankbar sein müsste, dass die Stadt Engen eine Rückabwicklung anstrebe, da der Standort Engen insgesamt dem Verbund nur ein Klotz am Bein wäre. Bürgermeister Moser fügt an, dass er einen Stillstand über einen längeren Zeitraum befürchte, was für das Haus insgesamt und die restlichen Angebote am Standort nicht förderlich sei. Im Gegensatz dazu sind auch die Haftungsprobleme insbesondere im ZVK-Bereich nicht außer Acht zu lassen. Konzepte können nach Meinung von Bürgermeister Moser auch unabhängig von der entsprechenden Eigentümerschaft weiter vorangetrieben werden und er appelliert an die Geschäftsführung, sich eingehend hierüber Gedanken zu machen.

Stadtrat Gerhard Steiner kann für sich in Anspruch nehmen, dass er die Entwicklung des Krankenhausstandortes als Mandatsträger schon sehr lange erlebe und begleite. Er hält den Schritt in Richtung Kreisklinik immer noch für die richtige Entscheidung. Die Aufnahme der Geriatrie im medizinischen Portfolio war aus seiner Sicht die einzige Möglichkeit, den Standort Engen dauerhaft erhalten zu können. Er hätte sich gewünscht, dass die nun vorliegenden Informationen frühzeitig dem Gesellschafter Engen übermittelt worden wären. Mit einer geplanten Rückabwicklung seien rechtlich sehr komplexe Fragestellungen verbunden, die miteinander und auf Augenhöhe verhandelt und beantwortet werden müssen. Er vernimmt wohlwollend, dass sowohl die Geschäftsführung als auch die anderen Gesellschaftspartner ihre Bereitschaft zu kooperativeren Verhandlungen erklärt hätten. Geschäftsführer Fischer kann Stadtrat Gerhard Steiner diese Augenhöhe und partnerschaftlichen Verhandlungen zusichern und er wirbt nochmals um Verständnis, dass nach der Aufsichtsratssitzung am 26.01.2015 die Abfolge für die Kommunikation sehr knapp bemessen gewesen sei. Es hätten Mitarbeiterinformationen ebenfalls noch erfolgen müssen und er werde auch noch den Förderverein des Krankenhauses besuchen und entsprechend informieren. Geschäftsführer Ott fügt hinzu, dass auch der Abzug der

Geriatrie in Konstanz schmerzlich empfunden worden sei. Stadtrat Gerhard Steiner bittet eindringlich darum, dass nun seitens des Klinikums Fakten auf den Tisch gelegt werden, damit die Stadt Engen eine Grundlage für weitere Entscheidungen habe.

Bürgermeister Moser interessiert sich dafür, wie es nun mit dem bestehenden Personal weitergehe. Geschäftsführer Fischer versichert, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben werde. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden Angebote in den Häusern in Singen und Radolfzell erhalten. Auf ausdrückliche Nachfrage von Bürgermeister Moser, welche Konsequenz die Schließung der medizinischen Abteilungen für das Pflegeheim nach sich ziehe, antwortet Geschäftsführer Fischer, dass hier keine Auswirkungen zu erwarten seien. Er wiederholt in diesem Zusammenhang auch nochmals die Zielsetzung des Klinikums, die ambulanten Operationen im Ausbau weiter voranzutreiben. Bürgermeister Moser verweist dabei jedoch auch auf den geplanten Ausbau des ambulanten Operierens am Standort Radolfzell. Er bittet deshalb um größtmögliche Transparenz und Ehrlichkeit. Bürgermeister Moser befürchtet gleichwohl gewisse Leistungseinbußen. Geschäftsführer Fischer beruhigt, da er sehr gute Chancen für Nachfolgenutzungen für die leerstehenden Stockwerke in Engen sehe. Er sagt hier auch ausdrücklich seine Unterstützung zu, wobei er im Hinblick auf eine Übertragung der Liegenschaften keine Systematik dahingehend sehen möchte, dass mit einem Verkauf eine Anmietung durch das Klinikum erfolge.

Stadtrat Bernhard Maier möchte wissen, wie sich der Geschäftsführer zu dem geäußerten Austrittswunsch des Gesellschafters Engen positioniere. Geschäftsführer Fischer könne die Haltung der Stadt Engen durchaus nachvollziehen und er werde diesen Wunsch auch positiv und unterstützend begleiten. Gleichzeitig verweist er nochmals darauf, dass ein Austritt ein überaus juristisch komplizierter Vorgang darstelle. Verhandlungen werden aber definitiv auf Augenhöhe und in einem vertrauenswürdigem Verhältnis stattfinden. Bürgermeister Moser ergänzt dahingehend, dass die Klinikleitung es auch wertschätzen soll, dass sich die Stadt Engen bei der Klarstellungsvereinbarung ebenfalls kooperativ gezeigt habe.

Stadtrat Armin Höfler möchte wissen, wie die beteiligten Akteure des MVZ zur aktuellen Entwicklung stehen. Geschäftsführer Fischer bestätigt, dass die Chirurgen bereits zugesagt hätten, das MVZ weiter mit Leben zu füllen.

Stadtrat Lars Nilson möchte wissen, welche Planungen die medizinische Strukturkommission für die nun leer werdenden Räumlichkeiten angestellt habe. Hierüber, so Geschäftsführer Fischer, habe man sich noch keine Gedanken seitens der Kommission gemacht. Es sei aber nicht das Ansinnen des Klinikums, diese Räume dauerhaft leerstehend zu lassen.

Bürgermeister Moser könnte sich auch vorstellen, dass Engen als weiterer Standort für das angedachte Hospizzentrum zur Verfügung stehen könnte. Die Infrastruktur wäre jedenfalls teilweise schon vorhanden. Geschäftsführer Fischer zeigt sich eher zurückhaltend, da Hospiz nicht in den Kompetenzbereich des Klinikverbunds falle. Deshalb beteilige er sich auch nicht an dieser hochpolitischen Standortdiskussion. Der Stadt Engen stünde es jedoch frei, sich hier ins Spiel zu bringen. Eine Hospizeinrichtung in der Nähe zu einem Pflegeheim mache jedoch für ihn durchaus Sinn. Für Bürgermeister Moser ist es dringend geboten, einen Stillstand in der Nachfolgenutzungsdiskussion zu vermeiden. Dieser fordert erhebliche Anstrengungen von allen Akteuren. Grundsätzlich stellt er fest, dass in Engen eine medizinische Grundversorgung nicht mehr zu erhalten sei.

Bürgermeister Moser erläutert dem Gremium nochmals den Sinn und Zweck des Beschlussvorschlages in der Dr. Nr. 25-15. Danach soll die Verwaltung einen Verhandlungsauftrag erhalten, der jedoch ergebnisoffen gehalten sei. Darüber hinaus soll der Beschlussvorschlag nicht so interpretiert werden, dass ein Austritt die einzige Alternative darstellen soll. Abschließend dankt er beiden Geschäftsführern für ihr Erscheinen und ihre Ausführungen und Geschäftsführer Ott

sieht in der geführten Diskussion und vor allem die Art und Weise eine gute Grundlage für die weiteren Verhandlungen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt von der beabsichtigten Schließung der stationären Abteilungen Chirurgie, Innere und Geriatrie Kenntnis. Der Gemeinderat bittet den Gesundheitsverbund, die Gründe hierfür schriftlich zu benennen und um eine Einschätzung hinsichtlich der vereinbarten Sperrfrist bei Veränderungen des medizinischen Konzeptes innerhalb der ersten 3 Jahre. Der Gemeinderat bittet den Gesundheitsverbund weiterhin entsprechend dem in § 15 vereinbarten Bestellerprinzip die Angebotskonditionen nebst dazugehöriger Kalkulationsgrundlagen für eine Weiterführung der chirurgischen und inneren Abteilung sowie der Geriatrie zu Prüfung einzureichen.

Der Gemeinderat beschließt einen grundsätzlichen Austritt aus der Fördergesellschaft für Hospizarbeit in Singen und im Hegau sowie für die gemeinnützige Krankenhausbetriebsgesellschaft Hegau-Bodensee-Klinikum mbH gegen Rückübertragung der Grundstücke und Gebäude am Standort Engen und beauftragt die Verwaltung, mit Hilfe eines Anwaltsbüros die entsprechenden vorbereitenden Verhandlungen für einen endgültigen Ausstiegsbeschluss zu führen.

**6 Beschlussfassung über die Modifizierung der Schulbezirksgrenzen der Grundschulen Engen und Welschingen
Vorlage: 237-15**

Bürgermeister Moser führt die Dr. Nr. 26-15 detailliert aus.

Stadtrat Stefan Gebauer befürchtet ein vermehrtes „Hopping“ der Schülerinnen und Schüler bei Auftreten von kleineren Problemen. Die beiden anwesenden Schulleitungen können hier insofern beruhigen, dass auch künftig beide Schulen den formellen Anträgen zustimmen müssen. Diese Zustimmung können sie bei einem Gefühl von Schülertourismus durchaus auch verweigern.

Stadtrat Gerhard Steiner sieht in der heutigen Beschlussfassung eine angemessene Erleichterung für einen entsprechenden Schulbezirkswechsel insbesondere vom Schulbezirk Engen in den Schulbezirk Welschingen.

Stadtrat Lars Nilson fällt auf, dass in der Vorlage von der Entbehrlichkeit einer besonderen Begründung die Rede sei. Er gehe davon aus, dass überhaupt keine Begründung mehr notwendig sei. Nach Auskunft von Hauptamtsleiter Stärk ist dies in der Vorlage sachlich auch so gemeint.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt, die Baugebiete Hugenberg III und IV formell dem Schulbezirk der Grundschule Engen zuzuordnen.
2. Für die Anmeldephasen des kommenden Schuljahrs bis zum Schuljahr 2018/2019 sind für beabsichtigte Schulbezirkswechsel von Engen nach Welschingen aus den Baugebieten Hugenberg I – IV zwar noch Antragstellungen notwendig, die jedoch gemäß Abspra-

che mit dem zuständigen staatlichen Schulamt keiner besonderen Begründung bedürfen. Nach Ablauf dieser Übergangsphase soll das Wahlverhalten ausgewertet und dem Gemeinderat zur neuerlichen Beschlussfassung vorgelegt werden. Diese eröffnet jedoch keinen Beförderungsanspruch. Dieser richtet sich gleichwohl weiter an die Beförderungssatzung des Landkreises.

7 Beschlussfassung und Information über die Bestellung der Standesbeamten der Stadt Engen
Vorlage: 238-15

Bürgermeister Moser führt die Dr. Nr. 27-15 aus.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der neuen Bestellung der Herren Patrick Stärk und Axel Pecher zu Eheschließungsstandesbeamten der Stadt Engen.
2. Der Gemeinderat beschließt den Widerruf von Herrn Bürgermeister Johannes Moser als Standesbeamter und seine Neubestellung zum Eheschließungsstandesbeamten der Stadt Engen.

8 Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise in Sachen Partnerschaftsplatz
Vorlage: 239-15

Bürgermeister Moser verweist auf die bisherigen Beratungen und insbesondere hier auf die Kompromisslinie, die sich in der Sitzung des Technischen- und Umweltausschusses am 05.02.2015 abgezeichnet hat. Er ergänzt die Vorlage dahingehend, dass die Fraktion der UWV den Wunsch zur Beschlussziffer 2 kommuniziert hat, wonach die künstlerische Gestaltung zwingend in Richtung Thema Partnerschaft/Europa gehen müsse.

Stadtrat Jürgen Waldschütz richtet seine Bitte an Bürgermeister Moser, die beiden Beschlussziffern getrennt zur Abstimmung zu bringen. Die Fraktion der CDU könne die Beschlussziffer 1 ohne weiteres mittragen. Zu Beschlussziffer 2 vertritt die Fraktion der CDU die Haltung, dass der Hallenkomplex bereits Kunstwerk genug darstelle und eine weitere künstlerische Gestaltung, die einen nicht unerheblichen finanziellen Aufwand bedeute, der Bevölkerung nicht nachvollziehbar gemacht werden könne.

Stadtrat Gerhard Steiner bedauert nochmals außerordentlich die unterschiedlichen Ansichten seiner Fraktion zu der der CDU-Fraktion, die offensichtlich einen Kompromiss unmöglich erscheinen lassen. Er signalisiert Bürgermeister Moser, dass die Fraktion der UWV beide Beschlussziffern mittragen werde.

Nachdem keine Einwendungen auf getrennte Beschlussfassung erfolgen, stellt Bürgermeister Moser die Beschlussziffer 1 zur Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt, dass der Status Quo beim Platz beim Kriegerdenkmal

beibehalten werden soll.

Der Gemeinderat fasst bei 11 Ja-Stimmen (Fraktion der UWV und Bürgermeister) und 8 Nein-Stimmen (Fraktion der CDU) mehrheitlich folgenden

Beschluss:

2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, bei der Neuen Stadthalle einen Wettbewerb zur künstlerischen Gestaltung vorzubereiten, der in Richtung Städtepartnerschaften/Europa geht.

9 Beschlussfassung über die Bildung von Haushaltsresten aus dem Haushaltsjahr 2014

Vorlage: 242-15

Kämmerer Mors trägt die Thematik anhand einer Power-Point- Präsentation vor, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Stadtrat Bernhard Maier fällt die Differenz zum Ansatz aus dem Jahr 2014 auf. Bürgermeister Moser führt aus, dass sofern absehbar sei, dass der ursprüngliche Betrag nicht in voller Höhe benötigt werde, dieser als eingespart zu gelten hat.

Für Stadtrat Jürgen Waldschütz ist der zwar geringere Betrag der Haushaltsausgabereiste immer noch auf einem hohen Niveau. Er appelliert an die Verwaltung, dass realistischer geplant werden sollte. Bürgermeister Moser verweist darauf, dass die zur Diskussion stehenden Haushaltsreste allesamt laufende Investitionsmaßnahmen betreffen, die bereits begonnen seien, aber eben noch nicht vollendet sind.

Stadtrat Stefan Gebauer ist Kämmerer Mors dankbar, dass er nochmals sehr anschaulich die hervorragende Finanzausstattung der Schulen herausgestellt habe. Hier könne er ein erhebliches Kommunikationsproblem in Richtung Elternschaft feststellen, die ihn sehr oft kontaktieren würden, die Stadt Engen würde die Schulen nicht ausreichend mit finanziellen Mitteln ausstatten. Die übertragenen Haushaltsmittel im Schulbudgetbereich sprächen hier eine andere Sprache.

Auch Bürgermeister Moser unterstreicht die Aussage von Stadtrat Stefan Gebauer. Insbesondere sei die Kritik seitens des Gymnasiums nicht nachvollziehbar. Löblich verweist er hier auch auf das finanzielle Engagement der Grundschule Engen, die sich beispielsweise bei der Erstausrüstung der neuen Stadthalle mit Mitteln aus dem Schulbudget eingebracht habe.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Bildung der Haushaltsreste 2014 und die Übertragung der Mittel im Bereich der Schulbudgets entsprechend der Vorlage der Verwaltung.

10 Beschlussfassung über die Ausübung des Vorkaufsrecht für Gewässerrandstreifen in Barga

Vorlage: 243-15

Stadtbaumeister Distler trägt den Sachverhalt entsprechend der Dr. Nr. 30-15 vor.

Stadtrat Emil Veit möchte wissen, ob das vorliegende Grundstück als Gewässerrandstreifen anzusehen sei. Insgesamt befürchtet er hohe Folgekosten für die Stadt Engen, sollte man zu Hauf solche Grundstücke aufkaufen und in einigen Jahrzehnten mit der Bewirtschaftung nicht mehr hinterherkommen. Stadtbaumeister Distler begründet nochmals den Sinn der Inanspruchnahme des Vorkaufsrechts, um gerade im Ortsteil Barga eine Gestaltung vornehmen zu können. Bürgermeister Moser ergänzt mit einem Hinweis auf das bestehende Hochwasserschutzkonzept. Des Weiteren interessiert sich Stadtrat Emil Veit für die Höhe der Vermessungskosten. Diese, so Stadtbaumeister Distler, seien in diesem Fall sogar noch höher als der zu zahlende Kaufpreis. Als Käufer komme man jedoch nicht umhin, diese Kosten tragen zu müssen.

Der Gemeinderat fasst bei 17 Ja-Stimmen und zwei Nein-Stimmen (Emil Veit/Urs Scheller) mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Ausübung des Vorkaufsrechts beim Grundstück Flst-Nr. 117 für den Teilbereich des Gewässerrandstreifens entsprechend dem Lageplan zu.

11 Beschlussfassung zur Errichtung und Vermietung von Flüchtlingsunterkünften zur Erstunterbringung an das Landratsamt Konstanz Vorlage: 244-15

Bürgermeister Moser führt die Dr. Nr. 31-15 detailliert aus. Er geht nun auch nochmals auf die Bürgeranfrage von Herrn Merz ein und bestätigt, dass dem Landratsamt das ehemalige Hotel Sonne als Flüchtlingsunterkunft angeboten worden sei. Er berichtet, dass sehr wahrscheinlich ab April der Badische Hof nach und nach mit 65 Flüchtlingen belegt werde. Die Stadt Engen sieht eine erhebliche Gefahr einer Gemengenlage. Darüber hinaus stelle der Standort des ehemaligen Hotels Sonne ein wichtiger Bereich für die innerstädtische Bauentwicklung dar. Deshalb arbeiten die Verwaltung und der Gemeinderat intensiv an einem alternativen Vorschlag für das Landratsamt. Am nun vorliegenden Alternativstandort Bahnhofle sollen die Richtlinien (7 m² je Flüchtling) eingehalten werden. Das Landratsamt rechne lediglich mit 6 m², wobei er das nicht für sachgerecht halte.

Stadtbaumeister Distler stellt die Lage am Bahnhofle mit Orthophotos dar. Die Nähe zur Seehashaltestelle sei sehr vorteilhaft, da die Mobilität der Flüchtlinge somit gewährleistet sei. Anhand von Grundriss und Ansichtsplänen stellt Stadtbaumeister Distler die verschiedenen Alternativen (eine Sammelunterkunft / mehrere Wohnblöcke) vor. Bei den kleineren Einheiten sieht Stadtbaumeister Distler im Hinblick auf den Brandschutz deutliche Vorteile. Die Umsetzung ist in zeitlicher Hinsicht nur über eine modulare Bauweise zu erreichen. Den bestehenden Zeitdruck veranschaulicht er anhand eines Bauzeitenplans.

Bürgermeister Moser informiert das Gremium, dass man dem Landrat signalisiert habe, dass für den Landkreis bei der Nutzung der Alternativmöglichkeit keine Mehrkosten zur Belegung im Hotel Sonne entstehen. Diese gingen voll zur Lasten der Stadt Engen. Aber, und dies stellt er deutlich heraus, soll eine mietvertragliche Zusicherung seitens des Landkreises erfolgen, das Hotel Sonne nur bei Erfüllung weiterer Voraussetzungen zu belegen. Andernfalls ist eine Belegung des ehemaligen Hotels Sonne ausgeschlossen. Er verweist auch noch auf den Vorteil, dass beim Neubau am Standort Bahnhofle die neuste Energieeinsparverordnung (ENEV) eingehalten werde und dies auch zu Kosteneinsparungen führe. Darüber hinaus erfülle man mit den 7 m² auch die rechtlichen Vorgaben, die ab 01.01.2016 gelten. Er weist jedoch auch kritisch darauf hin, dass nun eine schnelle Entscheidung seitens des Landratsamtes notwendig ist, um

das Projekt in der zeitlichen Vorgabe auch noch umsetzen zu können. Nun sei der Landkreis am Zug.

Stadtrat Klaus Hertenstein erklärt für die Fraktion der UWV, dass diese dazu rate, noch etwas mehr Plätze beim Bahnhöfle anzubieten. Er hebt auch darauf ab, dass im Vertrag abgesichert sein müsse, dass dann eine Belegung des ehemaligen Hotels Sonne nicht mehr zum Zug komme. Er habe große Befürchtungen, dass aufgrund des starken Flüchtlingsdrucks die Sonne eben doch auch noch belegt werden soll.

Bürgermeister Moser geht nochmals darauf ein, dass es lediglich eine Quotierung für die Anschlussunterbringung gäbe. Die Erstunterbringung liege in der Zuständigkeit des Landratsamtes und deshalb gibt es hier keine festgelegten Quoten. Er informiert, dass syrische Flüchtlinge eine sehr hohe Genehmigungsrate bei ihren Asylanträgen aufweisen können. Mit der Belegung am Standort Bahnhöfle wäre eine Quote, sofern sie es gäbe, mehr als erfüllt.

Stadtrat Bernhard Maier stellt fest, dass die modulare Bauweise gerade im Hinblick auf eine Küchennutzung menschenwürdiger sei als dies in Gemeinschaftsunterkünften von bestehenden Gastronomiebetrieben der Fall sei. Stadtbaumeister Distler bestätigt auch auf Nachfrage von Stadtrat Bernhard Maier, dass die 7 m² passgenau ausgeführt werden können. Stadtrat Bernhard Maier stellt auch fest, dass bundesweit ein Verhältnis von 0,3 % an Flüchtlingen zur Gesamtbevölkerung besteht. Mit der Belegung in Engen würde man sich auf einen Wert von 1,7 % bewegen. Die Stadt Engen sei somit Vorreiter im Landkreis und auch er sieht eine Zusage des Landrates, die Sonne nicht zu belegen, als unabdingbare Notwendigkeit. Sollte die Sonne auch noch belegt werden, so rechnet Stadtrat Bernhard Maier vor, belaufe sich die Quote auf 2,5 %. Bürgermeister Moser unterstreicht diese Aussagen und er erinnert auch an die Schwierigkeit, ausreichend ehrenamtliche Kräfte für die Betreuung der Flüchtlinge in diesem Ausmaß zu finden.

Stadtrat Gerhard Steiner würde es begrüßen, wenn alle Landkreiskommunen mit dem Landkreis über die Unterbringung und entsprechende Quoten verhandeln könnten. Derzeit akquiriere der Landkreis die Unterkünfte lediglich auf Zuruf. Dies mache die Planungen insgesamt deutlich schwieriger. Er hält den Standort des ehemaligen Hotels Sonne für städtebaulich sehr wichtig und hält es für die Pflicht der Stadt Engen, dem Landkreis Alternativangebote zu unterbreiten. Die Planungen am Bahnhöfle sieht auch er als menschenwürdiger und würde sich freuen, wenn der Landkreis zur Umsetzung der kleineren Wohnblöcke tendieren würde.

Stadtrat Jürgen Waldschütz hält das Alternativangebot der Stadt Engen für überaus ehrenwert und zeige eine hervorragende Willkommenskultur. Die Stadt Engen sei gewillt, dieses Projekt umzusetzen, obwohl die Kosten im Detail nicht bekannt seien. Im Übrigen kritisiert er die Geschäftspraktiken mancher dubioser Immobilieneigentümer.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Dem LRA eine Flüchtlingsunterkunft am Bahnhöfle Neuhausen in den vorliegenden Varianten bis zu 80 Plätzen anzubieten. Sollte hierbei eine Variante für das Landratsamt annehmbar sein, so kann eine Vermietung bzw. Umsetzung des Projekts nur unter der Maßgabe erfolgen, dass bis zur annähernden Erfüllung der Quotierung durch die anderen Kreiskommunen der weitere innerörtliche Unterbringungsstandort nicht in Frage kommt. Dies ist mietvertraglich zuzusichern. Auf Grund der knappen Umsetzungsfrist, ist eine Entscheidung schnellstmöglich einzufordern.

2. Die Verwaltung wird beauftragt eine Ausschreibung entsprechend der Vorgaben des LRA vorzunehmen.

12 Fragemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger

1. Auf ausdrücklichen Wunsch des Bürgers Dieter Hohlwegler lässt Bürgermeister Moser eine weitere Fragemöglichkeit seitens der Bürgerschaft zu. Herr Hohlwegler kritisiert die Informationspolitik der Stadt Engen, da er als direkter Anwohner des Bahnhofes zu keiner Zeit von der Stadt Engen ins Bild gesetzt wurde. Er gibt zu bedenken, dass mit der L191 eine stark frequentierte Straße am künftigen Flüchtlingsobjekt vorbeiführe und es habe hier erst vor kurzem einen Unfall mit einem Flüchtlingskind aus Welschingen gegeben. Er gibt auch deutlich seiner Enttäuschung über die Entscheidung des Gemeinderates Ausdruck, da es auch noch andere Alternativstandorte (Viehmarktplatz, Platz neben der Hohenhewenhalle) gäbe. Er bittet dringend darum, dass hauptamtliche Betreuungskräfte in die Flüchtlingsunterkunft gegeben werden. Bürgermeister Moser zeigt Verständnis für die Haltung von Herrn Hohlwegler als Anlieger. Das Landratsamt habe zugesagt, eine hauptamtliche Betreuungskraft für die Unterkünfte in Welschingen, am Bahnhofle und im Badischen Hof vorzuhalten. Er freue sich auch, dass das Straßenbauamt nun endlich eine Querungshilfe einrichten möchte. Er sagt Herrn Hohlwegler auch zu, die Familie in die weiteren Planungen miteinzubinden.

13 Entgegennahme (des Angebots) einer Spende, Schenkung oder ähnlichen Zuwendung Vorlage: 245-15

Bürgermeister Moser verweist auf die Dr. Nr. 32-15.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der Geld- und Sachspenden zu.

14 Dringende Vergaben

Heute liegen keine dringenden Vergaben vor.

15 Mitteilungen

1. Bürgermeister Moser berichtet dem Gremium, dass bedauerlicherweise seitens des Jagdpächters die Loipe am Hegaublick zerstört sei. Dies sei ein großes Ärgernis für den Skiclub Engen und die Stadt Engen. Er ist der Ansicht, dass mit etwas Grundverständnis beide Nutzungen parallel abzuwickeln wären. Hier werden auch noch Gespräche seitens der Verwaltung mit dem Skiclub und dem Ehrenamtlichen für die Loipenspur geführt. Er bittet die Presse, hierüber auch zu berichten.

16 Anregungen und Anfragen

Heute liegen keine Anregungen und Anfragen seitens des Gemeinderates vor.

Unterzeichner/in:

Datum:

Johannes Moser
Bürgermeister

Patrick Stärk
Protokollführer

Bernd Keller
Stadtrat

Klaus Leiber
Stadtrat